



Medienmitteilung

Parlament ignoriert Forderungen von über 143'000 Gebührenzahlern

Die Petition «Radio- und Fernsehgebühren: 200 Franken sind genug» wurde in nur 4 Monaten von über 143'000 Personen unterzeichnet. Dass der Nationalrat heute auf die Forderungen dieser Personen nicht eingehen wollte, ist ein Armutszeugnis für die Demokratie. Einmal mehr hat sich das Parlament einer medienpolitischen Grundsatzdiskussion verweigert.

Nachdem bereits die parlamentarische Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) die Petition mit grosser Mehrheit abgewiesen hat, hat sich heute auch der Nationalrat geweigert, auf das Anliegen der über 143'000 Unterzeichner einzutreten.

Die Petition «Radio- und Fernsehgebühren: 200 Franken sind genug» beinhaltet folgende Forderungen:

- Die Radio- und Fernsehgebühren sind auf 200 Franken pro Jahr zu senken. So werden die Gebührenzahler entlastet.
- Sämtliche Einsparungen bei der Billag (derzeit 10 Mio. Franken) und nicht ausbezahlte Gebührengelder (derzeit 67 Mio. Franken) sind den Gebührenzahlern zurückzuerstatten.
- Das Parlament soll eine Regelung erlassen, dass Personen bzw. Haushalte und Firmen, welche nachweislich weder Radio noch Fernsehen konsumieren, von der Gebühr befreit werden. So werden dem Gebührenwahnsinn Grenzen gesetzt.

Diese Forderungen wurden auch von den Jungparteien von FDP, CVP, SVP, EDU und der LEGA unterstützt.

Die Mehrheit des Parlaments scheint dies nicht zu interessieren: So hat der Nationalrat die Petition heute mit grosser Mehrheit abgewiesen. Die Initiantinnen nehmen mit Enttäuschung zur Kenntnis, dass sich das Parlament einer medienpolitischen Grundsatzdebatte verweigert und die Anliegen der Gebührenzahler nicht ernst nimmt. Ebenso sind sie enttäuscht, dass der Nationalrat die neue Haushaltsabgabe bestätigt hat. Richtig wäre ein Opting-out-Modell: Wenn jemand kein Radio oder Fernsehen konsumiert, soll er sich abmelden können. Mit dieser Parlamentsentscheidung aber wird faktisch eine Mediensteuer eingeführt. Die Ausnahmeregelungen (für KMU etc.) sind willkürlich und nach dem Zufallsprinzip eingeführt worden.

Fazit: Einmal mehr hat die SRG auf Kosten der Gebührenzahler erfolgreich lobbyiert. Mit Gebührengeldern wurden für mehrere Tausend Franken Hochglanz-Broschüren gegen die Petition gedruckt und Politiker zu Essen und Veranstaltungen eingeladen und eingeseift. Dies zeigt einmal mehr: Die Gebührenzahler werden zwar gerne zur Kasse gebeten, haben aber nichts zu sagen.

Das überparteiliche Petitionskomitee fordert die SRG und das zuständige Bundesamt auf, eine öffentliche Aussprache mit UVEK-Vorsteherin Doris Leuthard zu organisieren, im Rahmen welcher sich die Gebührenzahler bzw. die Unterzeichner der vorliegenden Petition endlich einmal direkt äussern können.

Zollikon, den 13. September 2011